



Kommunalpolitische
Forderungen
des Ausländerbeirates
München
anlässlich der
Kommunalwahl 2008

Herausgeber

Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München
Burgstraße 4
80331 München

Redaktion
Claudia Guter, Öffentlichkeitsarbeit

Gestaltung
Stadtkanzlei, Satz und Grafik

Druck
Stadtkanzlei

Oktober 2007

Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München
Burgstr. 4
80331 München
Tel.: 089/233-21598
Fax: 089/233-24480
Mail: auslaenderbeirat@muenchen.de
www.auslaenderbeirat-muenchen.de
www.besser-integrieren.de

V.i.S.d.P. Cumali Naz

Kommunalpolitische Forderungen des Ausländerbeirates München

für die Bereiche:

- | | | |
|--|-------|----|
| 1. Politische Partizipation | Seite | 2 |
| 2. Erziehung, Bildung und Ausbildung | Seite | 3 |
| 3. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung | Seite | 5 |
| 4. Arbeit/Selbständigkeit, Wohnen,
Gesundheit und Soziales | Seite | 6 |
| 5. Frauen | Seite | 8 |
| 6. Alt werden in München | Seite | 8 |
| 7. Kultur, Sport, Religion und Freizeit | Seite | 9 |
| 8. Asylsuchende, Flüchtlinge und Menschen
ohne gesicherten Aufenthalt | Seite | 10 |
| 9. Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit
und Rassismus | Seite | 12 |

Voraussetzung für eine gelungene Integration ist die gleichberechtigte Teilhabe aller Münchnerinnen und Münchner in allen Lebensbereichen bei gleichzeitigem Erhalt der eigenen kulturellen Identität, unabhängig von Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus, ethnischer und sozialer Herkunft, Hautfarbe, Kultur, Fluchthintergrund, Geschlecht, Alter, Religion, Behinderung und sexueller Orientierung.

Der Weg dahin ist längst beschritten, doch der Ausländerbeirat sieht nach wie vor Handlungsbedarf auf allen Gebieten.

Der Oberbürgermeister, die Stadträtinnen und Stadträte sowie die politischen Parteien in München sollen sich dafür einsetzen, dass die nachstehenden Forderungen in der Amtsperiode 2008-2014 umgesetzt werden.

1. Politische Partizipation

Integration setzt politische Partizipation voraus. Integration ohne politische Mitwirkungsrechte vor Ort ist nicht vorstellbar.

Ziele	Maßnahmen
Allgemeines kommunales Wahlrecht für alle	Änderung des Grundgesetzes
Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten der Migrationsbevölkerung in Bürgerversammlungen	Antrags-, Rede- und Stimmrecht bei Bürgerversammlungen gewähren
Gesetzliche Verankerung der Ausländerbeiräte in der Gemeindeordnung und Anerkennung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns (AGABY)	Änderung der Gemeindeordnung Staatliche Förderung der AGABY in finanzieller, personeller und infrastruktureller Hinsicht

2. Erziehung, Bildung und Ausbildung

Integration findet vor allem durch Erziehung, Bildung und Ausbildung statt. Ohne massive Veränderungen im Bildungssystem wird es keine Chancengleichheit geben.

Ziele

Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems nach vier Grundschuljahren, statt dessen

8 – 10 Jahre rhythmisierte Ganztagschule (kostenfrei, flächendeckend)

Mehr Möglichkeiten für Schulen, sich individuell auf ihre Schülerschaft einzustellen und ein entsprechendes Förderangebot aufzulegen

Stärkung der Elternarbeit an Kindertagesstätten und Schulen

Höchstmögliche Heterogenität bei der Zusammensetzung der Schülerschaft einer Klasse bzw. einer Schule

Mehr individuelle Förderung und Unterstützung für einzelne Schüler/Schülerinnen

Maßnahmen

Besuch von weiterführenden Schulen erst nach 8 -10 gemeinsamen Schuljahren

Berücksichtigung des Elternwillens und des individuellen Förderbedarfs des Kindes/Jugendlichen beim Besuch der Ganztagschule

Gewährung von mehr Eigenständigkeit für Schulen in organisatorischer und finanzieller Hinsicht

Gewährung von mehr Mitspracherecht für Eltern in schulischen Angelegenheiten und deren Einbeziehung bei schulpolitischen Entscheidungen

Motivation von Eltern mit Migrationshintergrund für die Mitarbeit

Förderung von Kontakt- und Kooperationsmöglichkeiten zwischen Eltern und Lehrkräften bzw. Erzieher/innen

Öffnen von Schulen als Bildungsort für Familien

Schulsprengel bzw. Verteilung der Schüler/innen so gestalten, dass max. 40 % und mind. 15 % Kinder aus Migrantenfamilien in einer Schule sind

Anwendung individueller Lehr- und Lernformen

Schulung der diagnostischen Fähigkeiten von Lehrkräften

Ziele

Maßnahmen

Stärkung der muttersprachlichen Kompetenzen der Kinder
Anerkennung der verschiedenen Muttersprachen in der Schule

Ermöglichung und Förderung eines muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts an den Schulen von Seiten der kommunalen und staatlichen Schulbehörden

Erweiterung der an weiterführenden Schulen angebotenen Fremdsprachenpalette um die in München beheimateten Muttersprachen von Migrant/innen und
Ermöglichung, diese als Abitur- bzw. Prüfungsfach zu wählen

Verstärktes Angebot von Sprachen wie Türkisch, Griechisch, Kroatisch etc. neben Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch

Erteilung von islamischem Religionsunterricht für Kinder aus muslimischen Familien

Schaffung von Ausbildungs- bzw. Studienmöglichkeiten in Deutschland für Migrant/innen als Lehrkräfte für islamischen Religionsunterricht

Garantierter Kindergartenplatz von 8 – 14 Uhr für alle Kinder ab 3 Jahren, unabhängig von der Berufstätigkeit der Eltern

Politische Entscheidung auf Bundesebene

Max. 30 – 40 % Kinder aus Migrantenfamilien in einer Kindertagesstätte; mind. 15 % Kinder aus Migrantenfamilien auch in nicht städtischen Kindertagesstätten.

Politische Entscheidung auf kommunaler Ebene

Mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund in Klassen- und Lehrerzimmern

Gezielte Werbung um junge Menschen mit Migrationshintergrund, sich für ein Lehramtsstudium zu entscheiden

Ausbildung von Lehrkräften an Grund- und Hauptschulen im Bereich „Deutsch als Zweitsprache“ und „Interkulturelle Kompetenz“

Aufnahme dieser Fächer in die Lehrerausbildung bzw. Lehrerfort- und weiterbildung

Ziele

Ausbildung für alle

Maßnahmen

Ausbildungsinitiative der Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes für die Schaffung von Ausbildungsplätzen für Migrant/innen

Gezielte Vorbereitung der Schüler/innen und deren Eltern durch die Schulen auf den Übergang in den Beruf

3. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Im Integrationsprozess kommt dem Öffentlichen Dienst eine zentrale Vorbildfunktion zu. Die kulturelle Vielfalt der Gesellschaft soll sich in der Verwaltung widerspiegeln.

Ziele

Mehr Migrant/innen im öffentlichen Dienst (entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung)

- durch schrittweise Erhöhung des Anteils der Migrantinnen und Migranten unter den Beschäftigten

- durch schrittweise Erhöhung des Anteils der Auszubildenden mit Migrationshintergrund

Mehr interkulturelle Kompetenz von Mitarbeiter/innen der Verwaltung

Maßnahmen

Anerkennung der Mehrsprachigkeit und des interkulturellen Hintergrunds als Qualifikations-, Prüfungs- und Einstellungsmerkmal

Mehr externe Ausschreibung von offenen Stellen

Angebot von interkulturellen Trainings als Fortbildungsmaßnahmen

Aufnahme interkultureller Inhalte in die Ausbildung

Mehr und bessere Informationsdienstleistung gegenüber der Migrationsbevölkerung ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse

Angebot von leicht verständlichen und mehrsprachigen Informationsschriften zu Dienstleistungen und rechtlichen Vorschriften

Einsatz von Sprachmittlern

4. Arbeit/Selbständigkeit, Wohnen, Gesundheit und Soziales

Ohne Beschäftigung, Wohnung, Zugang zur Gesundheitsversorgung und zu sozialen Einrichtungen kann Integration nicht gelingen.

Ziele

Maßnahmen

Arbeit für alle

Förderung der beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten

Arbeitsmöglichkeiten von Migrant/innen in den in ihrem Heimatland erlernten Berufen

Anerkennung der beruflichen Qualifikationen und Kompetenzen, die Migrant/innen aus ihren Herkunftsländern mitbringen

Mehr Existenzgründungen von Migrant/innen

Erleichterung, Förderung, gezielte Beratung und Unterstützung von potentiellen ausländischen Selbständigen

Förderung von gemischten Strukturen in neuen Wohnungsbaugebieten einschl. sozialem Wohnungsbau

Begegnungsmöglichkeiten schaffen und gezielte Begegnungsangebote machen unter Einbeziehung aller Anwohner/innen

Integrationsmaßnahmen wie Sprachkurse und Hausaufgabenhilfe für die Bewohner/innen anbieten

Beibehaltung des Vergabepinzips von Sozialwohnungen nach Dringlichkeit

Politische Entscheidung auf kommunaler Ebene

Mehr ausländische Wohnungsbesitzer/innen bzw. ausländischer Mitglieder in Genossenschaften

Entwicklung von Informationsmaterialien zur Mobilisierung ausländischer Kaufinteressenten im Rahmen des München Modells

Gezielte Werbung um ausländische Genossen

Ziele

Maßnahmen

Mehr Gesundheitsschutz für Migrant/innen

Lebensbedingungen
Anerkennung von migrantenspezifischen Gesundheitsbildern

Intensivere Gesundheitsförderung von Migrant/innen

Entwicklung von migrantenspezifischen Gesundheitsförderprogrammen
Öffnung der bestehenden Förderprogramme des Referates für Umwelt und Gesundheit und anderer Träger für Migrant/innen

Gleichberechtigter Zugang von Migrant/innen zum hiesigen Gesundheitssystem

Zielgruppengerechte medizinische Beratung und Versorgung

Interkulturelle Öffnung der sozialen Regeldienste

Beibehaltung der muttersprachlichen Migrationssozialdienste nicht nur für die Erstberatung, sondern zur Unterstützung der Integration der ausländischen Bevölkerung insgesamt

Ausbau der vorhandenen Einrichtungen und deren Angebotspalette

Gewinnung von Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund durch externe Ausschreibungen

Langfristige Sicherung der Finanzierung

Bundesweite Kampagne zur Legalisierung des Aufenthalts von Menschen ohne Papiere

Initiative für eine bundesweite Kampagne

Anerkennung und stärkere Förderung der Selbstorganisation, der Selbsthilfe und des bürgerschaftlichen Engagements von Migrant/innen

Interkulturelle Öffnung und Weiterentwicklung von Selbsthilfegruppen
Vernetzung der sozialen Regeldienste und Migrationssozialdienste mit Selbsthilfegruppen

Gezielte Beratung und organisatorische Unterstützung ausländischer Vereine, Initiativen und Selbsthilfegruppen
Bedarfsgerechte Aufstockung der finanziellen Mittel in der Selbsthilfeförderung

Fortsetzung der Informations- und Fortbildungsveranstaltungen für Selbsthilfegruppen

Weniger Analphabet/innen mit Migrationshintergrund

Durchführung von Alphabetisierungskursen

5. Frauen

Migrantinnen sind doppelt benachteiligt, sowohl aufgrund ihres Geschlechts als auch aufgrund ihrer ethnischen Herkunft. Von der Integration der Frauen profitieren alle: die Frauen selbst, die Kinder, die Familien, die ganze Gesellschaft.

Ziele

Keine soziale Isolation und keine familiäre Unterdrückung von Migrantinnen

Mehr Sprachkompetenzen für Migrantinnen

Besserer Schutz vor Gewalt (häusliche Gewalt, Zwangsheirat, Zwangsprostitution, Frauenhandel, Ehrenmorde)

Maßnahmen

Erarbeitung intensiver und gezielter Aufklärungs-, Unterstützungs- und Integrationsmaßnahmen für Frauen

Angebot von gezielter Sprachförderung für Migrantinnen und flächendeckende Einführung von Projekten wie „Schule mal anders“ etc.

Ausbau niederschwelliger, aufsuchender und anonymer, ggf. muttersprachlicher Hilfsangebote
Öffentliche Ächtung von Männergewalt

6. Alt werden in München

Immer mehr ältere Migrantinnen und Migranten entscheiden sich dafür, ihren Lebensabend in Deutschland zu verbringen. Das stellt die Einrichtungen der Altenhilfe vor große Herausforderungen. Integration hört mit dem Alter nicht auf.

Ziele

Umfassende interkulturelle Öffnung der Altenhilfe und Abbau der Zugangsbarrieren
Verankerung eines kultursensiblen Umgangs mit älteren Migrant/innen

Maßnahmen

Beschäftigung von Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund und/oder interkulturellen Kompetenzen

Ausrichtung der Programme und Angebote in der Altenhilfe auf die kulturellen und religiösen Bedürfnisse von Migrant/innen

Stärkere Förderung von Selbsthilfeprojekten und -gruppen in der Altenhilfe

7. Kultur, Sport, Religion und Freizeit

Integration setzt Respekt vor, Achtung und wechselseitige Anerkennung von anderen Kulturen und Religionen voraus. Der Dialog zwischen den Kulturen muss gefördert werden. Die Schaffung von Räumen für diesen Austausch ist essentiell.

Ziele

Maßnahmen

Mehr Präsenz von Migrantenvereinen, -institutionen, -initiativen und -künstler/innen im kulturellen Leben Münchens

Erstellen eines Konzeptes zur Migrationskulturarbeit
Verstärkte Einbeziehung der Zielgruppe bei Projekten, Ausschreibungen und Fördermaßnahmen

Mehr Kulturangebote für Migrant/innen und besserer Zugang zu kulturellen Angeboten in München

Intensivierung der Zusammenarbeit von Migrant/innen mit städtischen und staatlichen Kulturinstitutionen und Einrichtungen
Durchführung einer Werbekampagne zur Sensibilisierung der Migrationsbevölkerung für das kulturelle Angebot in München

Mehr finanzielle Unterstützung und Förderung von ausländischen Kulturschaffenden und Migrantenvereinen

Bereitstellen von Vereinsräumen, Proberäumen, Sportplätzen und Übungsmöglichkeiten
Berücksichtigung bei Projekten und Fördermaßnahmen

Verbesserung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs
Verstärkte Zusammenarbeit vielfältiger Religionsgemeinschaften auf Stadtebene

Organisation von Zusammenkünften und gemeinsamen Veranstaltungen
Unterstützung von auf Integration ausgerichteten Informations- und Aufklärungsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit den Religionsgemeinschaften

Gewährleistung der Religionsfreiheit und Anerkennung von Moscheebauten auch in der Innenstadt

Politische Entscheidung auf kommunaler Ebene

8. Asylsuchende, Flüchtlinge und Menschen ohne gesicherten Aufenthalt

Ein Land wie Deutschland hat die große Verantwortung, sich für die Interessen und Belange der Asylsuchenden, Flüchtlinge und Menschen ohne gesicherten Aufenthalt, die hier Zuflucht gefunden haben, einzusetzen, ihnen einen Schutzraum zu bieten und sie vor Ausgrenzung zu bewahren.

Ziele

Menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerber/innen

Stärkere Aufnahmebereitschaft der Mehrheitsgesellschaft durch den Abbau von Vorurteilen

Mehr Schutz und Hilfe für traumatisierte Flüchtlinge

Bessere soziale Versorgung von Kindern und Jugendlichen, insbesondere unbegleiteten minderjährigen, von Familien, Alten und Kranken

Maßnahmen

Politischer Einsatz der Stadt für eine menschenwürdige Unterbringung dieses Personenkreises
Entwicklung und Förderung geeigneter Aufklärungs-, Hilfs- und Orientierungsangebote

Aufklärung der Öffentlichkeit über Fluchtursachen, Fluchtwege und Lebensbedingungen am Zufluchtsort
Thematisierung globaler Flucht- und Migrationsbewegungen
Förderung des Dialogs zwischen Aufnahmegesellschaft und Flüchtlingen

Beschäftigung von Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund und/oder interkulturellen Kompetenzen in Einrichtungen und Initiativen für psychosoziale Betreuung dieser Zielgruppe
Schulung städtischer Mitarbeiter/innen im Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen

Sicherstellung und Ausbau qualifizierter Angebote zur Begleitung und Beratung
Ausbau der schulischen und sozialen Angebote für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge

Ziele

Maßnahmen

Stärkung des Selbsthilfepotentials von Flüchtlingen

Förderung der Arbeit der Flüchtlingsräte und Verbände bzw. der Selbsthilfeinitiativen, die in der Flüchtlingsarbeit tätig sind

Gleiche Sozialleistungen für alle, auch für Flüchtlinge und Asylbewerber/innen

Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes
Abschaffung der Essenspakete zugunsten von Barleistungen

Selbstbestimmte Lebensführung für Flüchtlinge

Öffnung des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes
Abschaffung der Residenzpflicht und besserer Zugang zum freien Wohnungsmarkt
Gleichberechtigter und freier Zugang zu Bildungseinrichtungen
Zielgruppenspezifische Angebote zur Sprachförderung und beruflichen Qualifizierung

Bessere und sicherere Lebenssituation von Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus

Kampagne zur Legalisierung mit Informations- und Diskussionsveranstaltungen
Erstellung und Umsetzung eines entsprechenden Maßnahmenkatalogs

9. Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

Eine glaubwürdige Integrationspolitik setzt sich mit aller Kraft gegen jegliche Form von Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ein. Gleichzeitig wird Chancengleichheit und Gleichbehandlung gefördert.

Ziele

Abbau von strukturellen Diskriminierungen

Bekämpfung von Diskriminierungen insbesondere aufgrund der Herkunft, Hautfarbe, Sprache, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung, sexuellen Orientierung oder des Geschlechts

Umsetzung des kommunalen Integrationskonzeptes

Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)

Maßnahmen

Vernetzung und Intensivierung der Zusammenarbeit mit Organisationen und Institutionen (Gewerkschaften, Kirchen, Selbsthilfegruppen, Initiativen und Beschwerdestellen) bei der Planung von gemeinsamen öffentlichkeitswirksamen Aktionen

Engagement für die Umsetzung des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes (AGG)

Entwicklung konkreter Integrationsprojekte durch die Stadt München im Rahmen eines jährlichen Maßnahmenpaketes am Beispiel des Nationalen Integrationsplanes

Sicherstellung durch die Stadt München, dass die Vorgaben des AGG im Rahmen des kommunalen Handelns realisiert werden